

Jahresbericht 2011

BSPV

www.bspv.ch

Editorial



Lohninitiative: Die Personalverbände demonstrieren Stärke.

Lehmann

Erfolg trotz schwieriger Umstände

Trotz schwieriger Umstände konnte der BSPV 2011 einiges erreichen. Allem voran darf die Initiative «Faire Löhne für gute Arbeit» aufgeführt werden.

Von Peter Bernasconi, Präsident

Wir blicken auf ein bewegtes Jahr 2011 zurück.

Freude: Wir freuten uns, dass wir im November zusammen mit unseren Partnern unsere Lohninitiative einreichen konnten.

Stolz: Wir waren stolz auf die erfolgreiche Petition unserer Strassenmeister. Sie haben etwas zum Wohle aller Kantonsangestellten erreicht.

Bestürzung: Zutiefst bestürzt nahmen wir vom tödlichen Angriff auf einen Polizisten im Emmental Kenntnis. Unser Verband setzt sich schon lange gegen Gewalt am Arbeitsplatz ein. Nebst Präventionsmassnahmen forderten wir in einer Motion eine absolute Null-Toleranz-Haltung.

Erleichterung: Wir waren erleichtert, dass das Kantonspersonal im Entlastungspaket mit einem blauen Auge davongekommen ist. Die Kürzung des Lohnsummenwachstums ist angesichts der tiefer ausgefallenen Teuerung vertretbar.

Ärger: Auch im Berichtsjahr wurde die seit langem beschlossene fünfte Ferienwoche wieder nicht umgesetzt. Dies ärgerte uns. Wir forderten das Personal zur Teilnahme an der Mai-Feier 2012 auf.

Herausforderung: Die Pensionskassenfrage stellte uns vor grosse Herausforderungen. Sanierungsmassnahmen rückten ins Zentrum. Das Projekt ist komplex und es ist kein Ende in Sicht.

2 Lohnentwicklung

Faire Löhne für gute Arbeit

Im kantonalen Lohnsystem ist vorgesehen, dass bei guten Arbeitsleistungen ein jährlicher Lohnstufenanstieg gewährt wird. Wir fordern dessen Umsetzung.

4 Gewalt

Null Toleranz

Es gehört nicht zum Beruf, sich beschimpfen, bespucken oder verprügeln zu lassen. Wir fordern eine Null-Toleranz-Haltung, bei Gewalt gegen das Kantonspersonal.

7 Ferien

5. Ferienwoche

Seit langem beschlossen, aber aus Spargründen nie umgesetzt: die fünfte Ferienwoche. Wir fordern endlich Massnahmen und rufen das Personal zur Teilnahme an der Mai-Feier 2012 auf.

Hinweise

Positive Mitgliederentwicklung

Der BSPV konnte auch im Jahr 2011 einen Mitgliederzuwachs verzeichnen. Dieser wurde im Vergleich zu den Vorjahren etwas gebremst. Details auf Seite 10.

Jahresrechnung 2011

Die Verbandsrechnung 2011 schliesst erfreulicherweise mit einem Gewinn ab. Details auf Seite 12.

Lohninitiative: Wir wollen faire Löhne für gute Arbeit

Im April lancierten die Personalverbände BSPV, vpod und LEBE die Initiative für faire Löhne. Diese fordert, dass bei guten Arbeitsleistungen ein jährlicher Lohnstufenanstieg gewährt wird. Im November konnte die Initiative eingereicht werden.



Fast 16 000 Unterschriften. Lehmann

Der Zentralvorstand des BSPV erteilte der Geschäftsleitung den Auftrag, im Jahr 2011 eine Aktion für die Verbesserung der Lohnsituation durchzuführen. Daraufhin lancierten der BSPV und seine Partnerverbände vpod und LEBE im Frühjahr die Initiative «Faire Löhne für gute Arbeit». Am 27. April startete die Sammelfrist. Die Initiative fordert, dass das kantonale Lohnsystem gemäss der ursprünglichen Konzeption umgesetzt wird und bei guten Arbeitsleistungen ein jährlicher Lohnstufenanstieg gewährleistet ist.

«Nur» ein blaues Auge

Im Juni präsentierte der Regierungsrat das Entlastungspaket 2012–2015. Der BSPV musste zur Kenntnis nehmen, dass die für Lohnmassnahmen vorgesehenen Mittel von 1,5 Prozent bloss für den Ausgleich der voraussichtlichen Teuerung von 0,7 Prozent und einen weit ungenügenden Anstieg von ein bis zwei Stufen reichen werden. Im Oktober wurden die konkreten Massnahmen bekannt: Rund fünfhundert Stellen sind betroffen. Trotz der grossen Zahl konnte man davon aus-

gehen, dass kaum ein BSPV-Mitglied entlassen wird. Es wurden zahlreiche Stellen gestrichen, die noch gar nicht besetzt waren. Das kantonale Personal war – im Gegensatz zu den Lehrkräften und Spitalangestellten – mit einem blauen Auge davongekommen.

Regional breit abgestützt

Am 23. November konnten der BSPV und seine Partner die Initiative schliesslich mit 15 943 Unterschriften bei der Staatskanzlei einreichen. Die Vorlage wurde im ganzen Kantonsgebiet unterzeichnet: Der Verwaltungskreis Bern Mittelland trug 7203 Unterschriften bei, Biel 1126, Seeland 1300, Berner Jura 132, Obersimmental Saanen 163, Frutigen Niedersimmental 615, Interlaken Oberhasli 579, Thun 2052, Emmental 1613 und Oberaargau 1160 Unterschriften. Die breit abgestützte regionale Herkunft der Unterschriften unterstrich den lohnpolitischen Handlungsbedarf im ganzen Kanton Bern. Für die Personalverbände, die bewusst auf die Unterstützung durch politische Parteien verzichtet hatten, war das Ergebnis ein bemerkenswerter Erfolg. Sie konnten beweisen, dass sie jederzeit in der Lage sind, aus eigener Kraft eine Initiative zustande zu bringen.

Der BSPV erwartet die Stellungnahme des Regierungsrates und des Parlaments im Jahr 2012 mit grossem Interesse ...

Revision Personalgesetz

Der Regierungsrat unterbreitete dann Anfang Dezember in ausserordentlich kurzer Frist eine Revision des Personalgesetzes. Er wollte im Auftrag des Grossen Rates bei den Anstellungsbedingungen des Kantonspersonals eine Reihe von Schwachstellen beseitigen. Künftig sollte insbe-

sondere die Entstehung übermässiger Zeitguthaben vermieden werden. Für das oberste Kader sollte daher die Vertrauensarbeitszeit eingeführt werden. Weiter sollten Abgangsentschädigungen und Austrittsvereinbarungen restriktiver gehandhabt sowie die Treueprämie für Regierungsmitglieder abgeschafft werden.

Nicht nur beim Kader

Die Revision sah zudem die Schaffung von zwei neuen Gehaltsklassen und die Neu-einreihung zahlreicher Kaderstellen vor.

Lohninitiative: der Hintergrund

Im September 2004 beschloss der Grosse Rat gegen den heftigen Widerstand der Personalvertreter ein neues Personalgesetz. Dieses brachte notwendige Anpassungen an die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen. Gleichzeitig wurde aber der Erfahrungsaufstieg abgeschafft. Die Personalverbände ergriffen daraufhin das Referendum und scheiterten nur äusserst knapp. Heute zeigt sich deutlich, dass ein Lohnsystem, das sich nur nach den immer schlechten Finanzprognosen richtet und nicht nach den finanziellen Möglichkeiten und dem wirtschaftlichen Umfeld, zwangsläufig scheitern muss.

Durch den zeitweise nicht gewährten Teuerungsausgleich und ungenügende Beförderungen sparte der Kanton im Personalbereich in den letzten Jahren 3,6 Milliarden Franken ein. Die Sanierung der Kantonsfinanzen erfolgte somit fast ausschliesslich auf dem Buckel des Personals.

Dies forderte der BSPV schon seit geraumer Zeit. An der konferenziellen Anhörung vom 22. Dezember wies der BSPV darauf hin, dass nicht nur bei den Kadern, sondern auch bei zahlreichen weiteren Personalkategorien – z.B. den Polizistinnen und Polizisten – seit Jahren Neueinreihungen überfällig sind. Das ganze Einreihungssystem müsse schleunigst überarbeitet und der Lohnanstieg gemäss den Forderungen der Lohninitiative überarbeitet werden.

Nach den Eingaben des BSPV und der anderen Sozialpartner zog die Regierung ihre sogenannte Kadervorlage zugunsten einer umfassenderen Lösung zurück.

Lohninitiative: die Forderungen

Wer eine Stelle beim Kanton antritt, bei dem stimmt der Anfangslohn zumeist. Im Argen liegt aber der Lohnanstieg über die Jahre. Der maximale Lohnanstieg des Kantonspersonals beträgt 60 Prozent des Grundgehalts. Das ist verglichen mit der Privatwirtschaft eine bescheidene Perspektive für eine 45-jährige Arbeitszeit. Sie ist aber angemessen, wenn eine realistische Aussicht besteht, das Endziel oder den Maximallohn zu erreichen. Genau hier will die Lohninitiative der Personalverbände ansetzen: Sie fordert, dass mindestens zwei Drittel dieses Anstiegs verbindlich sind, also dass das Personal – unter der Voraussetzung guter Arbeitsleistungen – Anspruch auf einen jährlichen Stufenaufstieg von 1,5 Prozent hat (entspricht drei Stufen). Dieser Anspruch gilt bis zur Gehaltsstufe 53 und damit in den unteren zwei Dritteln des individuellen Lohnbestands. Bei den Lehrkräften fordert die Initiative, dass das Lohnmaximum innerhalb von 26 Jahren anerkannter Berufserfahrung erreicht wird.

Strassenmeister erzielen Erfolg zum Wohle aller Angestellten

Der Regierungsrat verschlechterte im Berichtsjahr die Entschädigungen für spezielle Funktionen der Angestellten des Tiefbauamts. Der Strassenmeisterverband sammelte daraufhin über 800 Unterschriften für eine Petition – und erreichte etwas für alle Angestellten des Kantons Bern.

Im März überreichten die im BSPV organisierten Strassenmeister dem Regierungsrat eine Petition mit über 800 Unterschriften. Dem vorausgegangen war ein Regierungsratsentscheid, wonach die Entschädigungen für spezielle Funktionen der Angestellten des Tiefbauamts geändert werden sollten. Zahlreiche bewährte Regelungen wurden durch neue ersetzt. Einige zugunsten des Personals, andere nicht.

Besonders massiv waren die Verschlechterungen bei der Zeitkompensation. Diese wurde für Nachtarbeit von 50 auf 20 Prozent gesenkt. Wohlgermerkt: Es ging hier um Zusatzleistungen, welche die Strassenmeister neben ihrem normalen Arbeitspensum erfüllen. Also zum Beispiel das Ausrücken zum Schneepflügen mitten in der Nacht.

Der Strassenmeisterverband zeigte sich mit diesen Änderungen nicht einverstanden und lancierte mit Hilfe der BSPV-Geschäftsstelle eine Petition.

Faire Entschädigung gefordert

Darin forderten die Strassenmeister ausdrücklich die Beibehaltung der ursprünglichen Zeitgutschrift für Feiertags- und Wochenendarbeit und eine bessere Entschädigung für Einsätze am Samstagmorgen. Das heisst, für die Feiertags-, Samstags- und Sonntagsarbeit sollte neben dem Fünffrankenzuschlag eine Zeitgutschrift von 20 bis 50 Prozent ausgerichtet werden.

Private erhalten mehr

Dass der Kanton Bern für den Samstagmorgen gar keine Zeitzuschläge entrichtet und für die Nachtarbeit nur noch 20 Prozent, hält einem Vergleich mit anderen Arbeitgebern nicht Stand. Dieser Entscheid passt nicht zu der Einsicht des Regierungsrates, wonach die kantonalen Arbeitsbedingungen nicht mehr konkurrenzfähig sind. Zudem entrichten die vom Kanton Bern beauftragten Privatunternehmen zum Teil weit höhere Zeitzuschlä-

ge. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb die Kollegen auf den Baustellen und im Winterdienst erhebliche Zeitzuschläge erhalten, die der Kanton diesen bezahlt, seinem eigenen Personal aber nicht gewährt.

Erfolg für alle Kantonsangestellten

Die Petition zeigte bereits im Mai erste Wirkungen. In seiner Antwort schrieb der Regierungsrat, dass er zwar nicht bereit ist, auf den höheren Zeitzuschlag zurückzukommen, da dieser für das gesamte Kantonspersonal einheitlich geregelt sein soll. Dafür soll der Beginn der Wochenendarbeit am Samstag geprüft werden.

Zurzeit gibt es einen Zuschlag von fünf Franken pro Stunde für Samstagsarbeit. Paradoxerweise wird dieser aber erst ab zwölf Uhr mittags ausgerichtet. Bei der anstehenden Revision der Personalverordnung soll konkret geprüft werden, ob dieser Zuschlag bereits ab sechs Uhr morgens ausgerichtet werden kann. Und dies für das gesamte Personal der Kantonsverwaltung!

Gewalt gegen das Personal: Wir forderten «null Toleranz»

Das Thema Gewalt gegen das Personal beschäftigte den BSPV auch im Berichtsjahr wieder. Für den BSPV ist klar: Egal, ob es sich um eine Mitarbeiterin der Steuerverwaltung, einen RAV-Berater oder um eine Polizistin handelt: Gewalt gehört nicht mit zum Job und ist auch kein Berufsrisiko.



Anti-Gewalt-Kampagne der Polizei. vspb

Im Berichtsjahr beschäftigte sich der BSPV intensiv mit dem Thema Gewalt gegen Kantonsangestellte. Täglich werden Vertreterinnen und Vertreter der öffentlichen Hand bedroht oder es kommt sogar zu Gewalt. Am häufigsten betrifft dies zweifellos die Polizei. Mit dem tödlichen Angriff auf einen Polizisten im Emmental erreichte das Thema im Berichtsjahr einen neuen traurigen Höhepunkt.

Der BSPV widmete dem Thema Gewalt gegen das Personal im September eine ganze «diagonal»-Ausgabe. Zahlreiche Mitglieder meldeten sich auf der Geschäftsstelle, um von ihren Erfahrungen zu berichten. Die Palette ist breit: Von Beschimpfungen, Drohungen, Anspucken und sogar massiver körperlicher Gewalt wurde berichtet.

Konsequente Haltung

Ebenfalls schockierten die Berichte, wie teilweise mit den Opfern von Gewalt umgegangen wird. Einige Mitglieder be-

klagten, dass ihre Vorgesetzten alles ver-harmlost hätten und dass es keine richtige Unterstützung gegeben habe. Mehrere Opfer fühlten sich von ihren Vorgesetzten und Kollegen unverstanden und alleine gelassen.

Der BSPV möchte die Führungskräfte sensibilisieren. Denn, wenn ein Vorgesetzter seinen betroffenen Mitarbeiter auffordert, auf eine Anzeige zu verzichten, da der Vorfall eine Lappalie sei, dann setzt das gegen innen und gegen aussen ein völlig falsches Zeichen. Es gehört nämlich nicht mit zum Beruf, sich beschimpfen, bespucken oder verprügeln zu lassen. Der BSPV forderte deshalb eine konsequente Haltung aller Beteiligten und unterstützte betroffene Mitglieder.

Motion eingereicht

Der BSPV lancierte auch konkrete Massnahmen: Die BSPV-Grossräte Peter Bernasconi, Matthias Burkhalter und Markus Meyer forderten im Juni mit der gemeinsamen Motion «Übergriffe auf Kantonspersonal: Null Toleranz!» einen konsequenteren Schutz des Personals, ein rigoroses Eingreifen der politisch Verantwortlichen und eine Null-Toleranz-Haltung. Insbesondere forderten sie, dass Übergriffe auf das Kantonspersonal nach Möglichkeit verhindert werden, dass geschehene Übergriffe konsequent geahndet werden und dass betroffene Mitarbeitende von allen Seiten bestmöglich unterstützt werden.

Wer bei der Prävention spart ...

Es braucht aber auch auf Seiten des Kantons geeignete Ansprechpartner, bei denen sich von der Verwaltung enttäuschte oder frustrierte Bürger aussprechen kön-

nen. BSPV-Präsident Peter Bernasconi forderte Ende 2010 in einer Motion erneut die Schaffung einer kantonalen Ombudsstelle zur Prävention von Drohungen und Gewalt. Um aufzuzeigen, was eine solche Stelle bewirken kann, besuchte der BSPV im August 2011 die Ombudsstelle der Stadt Bern. Die Erfahrung der Stadt Bern und vieler Kantone zeigen, dass der Bedarf nach einer solchen Anlaufstelle gross ist.

Trotzdem lehnte der Grosse Rat des Kantons Bern die Motion in der Septembersession ab – primär aus finanzpolitischen Gründen. Unser Fazit: Wer bei der Prävention spart, zahlt dann den Schaden. Und das ist nicht billiger.

Das Thema Gewalt wird den BSPV auch im kommenden Jahr beschäftigen.

Regierungsrat stimmt der Motion zu

Die Antwort des Regierungsrates auf die Motion «Null Toleranz»: «Der Regierungsrat kann sich den Beweggründen der Motionäre und der Begründung ihres Vorstosses uneingeschränkt anschliessen [...] In den vergangenen Jahren wurden bereits grosse Anstrengungen unternommen, um die Mitarbeitenden des Kantons vor den Auswirkungen von Gewalt zu schützen. Vor dem Hintergrund, dass der Regierungsrat das Thema «Schutz der Behörden und der Verwaltung vor Gewalt und Drohungen» als Daueraufgabe versteht [...] beantragt der Regierungsrat Annahme der Motion unter gleichzeitiger Abschreibung.»

Die grosse Herausforderung

Der Regierungsrat erhielt 2005 vom Parlament den Auftrag, Grundlagen zum Entscheid über einen allfälligen Wechsel vom Leistungs- zum Beitragsprimat bei den beiden kantonalen Pensionskassen zu erarbeiten. Das Projekt kam auch 2011 nicht vom Fleck.



Markus Meyer, Präsident der FUTURA-Kommission. BSPV

Im Jahr 2008 verabschiedete der Grosse Rat einen Bericht des Regierungsrates zum Primatwechsel und – nebst dem Zwang zum Primatwechsel – diverse Richtlinien in Form von Planungserklärungen. Die Ausarbeitung verbindlicher Vorschläge fiel aber auch im Berichtsjahr schwer. Laufend wurden die weiteren Parameter der beruflichen Vorsorge geändert. Die Eurokrise führte zu Verwerfungen an den Börsen. Dadurch sanken die Erträge auf den Pensionskassenguthaben.

Primat im Hintergrund

Auf Bundesebene wurden zudem verpflichtende Regelungen für die Pensionskassen der öffentlichen Hand verabschiedet. Dadurch hatten sich die

Kein Teuerungsausgleich auf den Renten

Die Grossräte Matthias Burkhalter, Markus Meyer und Peter Bernasconi reichten im März ein Postulat ein, das den Regierungsrat aufforderte, die gesetzlichen Grundlagen so zu ändern oder zu schaffen, dass den Rentnerinnen und Rentnern des Kantonspersonals ein ganzer oder teilweiser freiwilliger Teuerungsausgleich gewährt werden kann.

Der Regierungsrat war in seiner Antwort vom September bereit, die Forderung zu prüfen und das Postulat anzunehmen. Der Grosse Rat lehnte dieses im Februar 2012 mit 46 zu 71 Stimmen ab. 37 Parlamentarier nahmen nicht an der Abstimmung teil, fünf enthielten sich der Stimme. Ein Zeichen dafür, dass auch im Parlament das Begehren als berechtigt betrachtet wurde, der Zeitpunkt hingegen nicht.

Leider muss sich der BSPV in Zukunft wohl darauf beschränken, den Besitzstand der Rentner zu sichern. Denn die ersten Stimmen werden bereits laut, die Pensionierten hätten sich auch an der Sanierung der Pensionskassen zu beteiligen. Dies lehnt der BSPV ganz klar ab.

Handlungsschwerpunkte nochmals verschoben. Die Frage des Primats rückte im Vergleich zu den Sanierungsmassnahmen weit in den Hintergrund. Ausfinanzierung, Deckungslücke, Sanierungsmassnahmen, Technischer Zinssatz, Schwankungsreserven sind Bereiche, die eng verknüpft sind. Die Lösung des gordischen Knotens ist auch im Berichtsjahr nicht geglückt.

Ob der Primatwechsel auf den 1. Januar 2015 umgesetzt wird, steht in den

Sternen. Gewiss ist, dass der BSPV mehr als ein Wörtchen mitreden wird. Das Leistungsprimat ist nach wie vor ein attraktives Angebot guter Arbeitgeber.

Wesentlicher Faktor

Eine attraktive Pensionskasse ist neben der Arbeitszeitregelung, dem Gehalt und den Arbeitsbedingungen ein wesentlicher Faktor für die Attraktivität des Kantons Bern als Arbeitgeber.

Partnerrente: aufgeschoben, nicht aufgehoben

Wer jahrelang Beiträge in seine Pensionskasse einbezahlt, möchte seine Partnerin oder seinen Partner abgesichert wissen. Bei der Bernischen Pensionskasse (BPK) geht das nur für Verheiratete. Das Bundesgesetz würde freiwillige Leistungen durchaus zulassen. Andere Kassen haben den heutigen Formen des Zusammenlebens längst Rechnung getragen. Leider gilt der Grundsatz, dass jede Leistung auch finanziert werden muss. Da stossen neue Forderungen auf Widerstand.

Der BSPV hat das Thema in seinen Gremien thematisiert. In seiner Herbstsitzung beschloss die Mehrheit des Zentralvorstands nach einer lebhaften und kontroversen Diskussion, wegen der finanziell unerfreulichen Lage der BPK, das Thema zurzeit nicht weiter zu verfolgen. Damit ist die berechtigte Forderung nach einer Partnerschaftsrente nicht abgeschrieben, sondern verschoben. Auf die Zeit nach den nun anstehenden Turbulenzen.

Entwicklung des Deckungsgrads:

	BPK ¹	BLVK ²
31.12.05	108,0%	86,4%
31.12.06	109,0%	89,6%
31.12.07	104,7%	88,6%
31.12.08	87,3%	73,5%
31.12.09	90,1%	82,1%
31.12.10	88,1%	78,8%
31.12.11	86,1%	78,8%

¹ Bernische Pensionskasse (BPK)

² Bernische Lehrerversicherungskasse (BLVK), inkl. Sanierungsbeiträge



Die Finanzkommission beantragte im November weitere Kürzungen im Budget 2012.

Lehmann

Personal ist mit einem blauen Auge davongekommen

Sparpakete haben im Kanton Bern eine lange Tradition. Oft wird zu viel für teure Infrastrukturen ausgegeben. Beliebt sind auch nicht finanzierte Steuersenkungen. Die Folge sind fehlende Mittel und ein sogenanntes Entlastungspaket.

Im Berichtsjahr wurde ein neuer Weg in der Taktik der Sparpakete eingeschlagen. Der Regierungsrat präsentierte ein defizitäres Budget. Verwaltungsmässig wurden vorgängig bereits mehrere Sparrunden mit Verbesserungen von 277 Millionen Franken gedreht. Nun war der Grosse Rat gefordert, zu sagen, wie er – ohne die Bevölkerung allzu hart zu treffen – noch weitere 156 Millionen einsparen will. Die Finanzkommission übernahm diese Aufgabe breitwillig und schlug folgende Massnahmen vor:

- Der Ertrag der Motorfahrzeugsteuer soll im Voranschlag 2012 nicht wie ursprünglich vorgesehen um 120 Millionen Franken reduziert werden.
- Kürzung des Lohnsummenwachstums um 0,2 auf 1,3 Prozent.
- Kürzung des Budgets der Justiz um 2,28 Millionen Franken.

- Weitere gesamtstaatliche Haushaltsentlastungen in der Laufenden Rechnung von 17 Millionen Franken.
- Kürzung der Investitionen um 50 Millionen Franken.
- Kürzungen im Budgetvollzug, sofern kein Nationalbankgewinn eintreffen sollte.

Nicht völlig befriedigend

Die Massnahmen des Regierungsrates führen in der Kantonsverwaltung zum Verlust von etwas über fünfhundert Stellen. Meist noch unbesetzte. Stark betroffen sind die Lehrkräfte, da Lektionen gestrichen wurden. Trotzdem konnten die BSPV-Vertreter im Grossen Rat weitgehend hinter diesem Sparpaket stehen. Die Kürzung des Lohnsummenwachstums auf 1,3 Prozent war vertretbar, da die Jahresteuern wesentlich geringer ausfiel, als

ursprünglich angenommen. Damit konnte allerdings der Lohnrückstand zu vergleichbaren Arbeitgebern auf dem Platz Bern nicht aufgeholt werden. Das war nicht völlig befriedigend.

Inakzeptabel ist auch die Sistierung der seit langem zugesicherten Aufstockung des Polizeikorps um ein Jahr. Das ist nicht gespart, sondern eine reine Verschiebung der Kosten auf spätere Jahre.

Gefahr: Steuersenkungen

Wenn bei einer Wiederholung der Abstimmung über die Motorfahrzeugsteuer das Resultat nicht gewendet werden kann oder wenn weitere Steuererleichterungen beschlossen werden, wird das nächste Sparpaket das Personal sicherlich härter treffen. Der BSPV fasste deshalb im Dezember die Nein-Parole zum Volksvorschlag über die Motorfahrzeugsteuern.

Fünfte Ferienwoche: Es müssen endlich Taten folgen

Seit Jahren steht die Forderung nach der vollen fünften Ferienwoche für alle Kantonsangestellten im Raum. Die Regierung hat dem Anliegen zugestimmt, die Umsetzung aber stets verschoben. Der BSPV forderte Massnahmen.

Theoretisch haben alle Angestellten des Kantons Bern seit 2010 fünf volle Ferienwochen zugute. Aber eben nur theoretisch. Denn, obwohl der Regierungsrat den offiziellen Beschluss gefasst hatte, die fünfte Ferienwoche ab 2010 zu gewähren, wurde die Umsetzung immer wieder verschoben. Meist wegen viel zu pessimistischer Finanzprognosen. Auch im Berichtsjahr ging es in diesem Bereich wieder nicht vorwärts.

Geduldsfaden gerissen

Der BSPV war nicht mehr gewillt, diese Hinhaltenaktik hinzunehmen und forderte, dass der Regierungsratsbeschluss endlich umgesetzt wird. Andererseits werde man sich den zusätzlichen Ferientag künftig nehmen, indem man Jahr für Jahr zur Teilnahme an einer Mai-Feier aufrufe, bis die fünf Wochen gewährt werden.

Die Personalverordnung sieht vor, dass am 1. Mai allen Mitarbeitenden, die an einer Mai-Feier teilnehmen, ein freier Halbtag gewährt wird.

Gegen untaugliche Ferienkürzungen

Wer die Arbeit im Kalenderjahr während mehr als zwei Monaten aussetzen musste, hatte bislang eine Kürzung des Ferienanspruchs hinzunehmen. Ohne Ausnahmemöglichkeit – also auch dann, wenn ein Mitarbeitender im Dienst verunfallt oder verletzt wurde. Die BSPV-Grossräte Peter Bernasconi, Matthias Burkhalter und Markus Meyer forderten Ende 2010 in einer gemeinsamen Motion den Regierungsrat auf, Artikel 146 der Personalverordnung, der die Kürzung der Ferien im Krankheitsfall regelt, wie folgt anzupassen:

- auf Ferienkürzungen bei dienstlich begründeten Ausfällen ist im Grundsatz zu verzichten, begründete Ausnahmen bleiben vorbehalten;
- in allen anderen Fällen ist auf eine Kürzung nach dem Zufälligkeitsprinzip (Ausfall über das Jahresende) zu verzichten.

Im September des Berichtsjahres überwies der Grosse Rat den Vorstoss als Postulat ohne Diskussion mit 134 zu 0 Stimmen. Der BSPV erwartet nun, dass die Änderungen in die nächste Revision der Personalverordnung einfließen.

In der Dezember-Ausgabe des «diagonal» rief der BSPV seine Mitglieder denn auch zur Teilnahme an der Mai-Feier 2012 auf. Zudem beschloss die Geschäftsleitung im Dezember, die Initiative «6 Wochen Ferien für alle» zu unterstützen.

Motion forderte Vaterschaftsurlaub

«Der Regierungsrat wird beauftragt, für die Angestellten des Kantons Bern einen Vaterschaftsurlaub einzuführen und das Personalgesetz entsprechend anzupassen.» So lautete die Forderung der Mitte Juni 2011 eingereichten Motion von Grossrat Adrian Wüthrich und anderen. Der BSPV unterstützte diese Forderung. Der Regierungsrat nahm im Dezember die Motion als Postulat an und wird in der anstehenden Revision der Personalverordnung die Einführung eines bezahlten Vaterschaftsurlaubs von fünf Tagen prüfen. Aktuell gewährt der Kanton Bern zwei Tage, 18 Kantone kennen einen längeren Vaterschaftsurlaub (drei bis zehn Tage). Der Bund gewährt fünf Tage.



Mehr Ferien bedeutet, mehr Zeit für die Familie zu haben.

Reka



Zentralvorstandssitzung vom 5. Mai 2011.

Lehmann

Pensionskassen, Löhne und Rechtsschutz im Fokus

Der BSPV setzte sich im Berichtsjahr auf verschiedenen Ebenen für seine Mitglieder ein. Im Grossen Rat kämpften seine Vertreter für faire Lohnmassnahmen, gegen Sparübungen und behielten die Entwicklung der Pensionskassen im Auge. Auf der Geschäftsstelle erhielten zahlreiche Mitglieder Rechtsberatungen.

Geschäftsstelle

Per 1. April 2011 trat Anna Lehmann Löffel als Kommunikationsverantwortliche die Nachfolge von Peter Staub an. Peter Staub hatte den BSPV nach sechsjähriger Tätigkeit per Ende 2010 verlassen. Im Berichtsjahr war Anna Lehmann Löffel primär mit der Neugestaltung der BSPV-Website und den Vorbereitungen für das Jubiläum im Jahr 2012 beschäftigt. Vor ihrer Tätigkeit beim BSPV war sie Kommunikationsverantwortliche an der Berner Fachhochschule.

Geschäftsleitung

In unveränderter Besetzung trafen sich die neun Mitglieder der Geschäftsleitung im Berichtsjahr zu insgesamt neun Sitzungen. Das Gremium zeichnet sich durch grosse Kontinuität aus: Langjährigstes Mitglied ist Verbandskassier Erwin Balsiger mit 23 Amtsjahren, gefolgt von Vizepräsident Pierre-André Musy und Otto

Aeby mit je 13 Jahren Verbandstätigkeit. Die Geschäftsleitung beschäftigte sich im Berichtsjahr insbesondere mit der Personalgesetzrevision und der Revision der Personalverordnung, ebenso wie mit der Ausfinanzierungsfrage der kantonalen Pensionskassen und der Umsetzung eines allfälligen Primatwechsels. Zudem standen die Revision der BSPV-Statuten und die Reglementsrevision der Unterstützungskasse auf der Traktandenliste.

Rechtsschutz

Dem Rechtsschutzausschuss des BSPV wurden im Berichtsjahr 93 Geschäfte zum Entscheid oder zur Kenntnisnahme vorgelegt. Es wurden 27 neue Rechtsschutzgesuche behandelt. 29 Fälle konnten abgeschlossen werden. Zahlreiche Eingaben erfolgten im Rahmen der Umsetzung der Justizreform. Etliche Neueinreichungen von Richterinnen und Staatsanwälten waren nicht nachvollziehbar. Der Rechts-

schutzausschuss stellte ausserdem fest, dass die Zahlungspflicht der Versicherungen oder Sozialwerke bei langfristigen Unfallfolgen immer wieder Gegenstand rechtlicher Auseinandersetzungen bildet.

Zentralvorstand

Der Zentralvorstand (ZV) traf sich am 5. Mai zur Frühjahressitzung in Bern. Hauptthemen waren die Pensionskassen, die Lohninitiative und der Rechtsschutz. Zudem wählte der ZV die Geschäftsleitung *in corpore* wieder.

Die Herbstsitzung des ZV fand am 21. Oktober in Biel statt. Ein grosses Thema waren wiederum die Pensionskassen. Die Sanierung und der Primatwechsel beschäftigten viele Mitglieder. Der ZV beschloss einstimmig, dass der BSPV sich weiterhin gegen einen Primatwechsel stellt. Das zweite grosse Thema war die Partnerschaftsleistung BPK. Nach lebhafter Diskussion beschloss die Mehrheit des

ZV, dass der BSPV momentan keine weiteren Schritte in Richtung Einführung einer Partnerschaftsrente BPK für Konkubinatspaare unternimmt. Der ZV erhöhte zudem den jährlichen Beitrag an die Rentnerversicherung von vier auf fünf Franken pro Mitglied.

Abgeordnetenversammlung

Die Abgeordnetenversammlung (AV) fand am 17. Juni traditionsgemäss im Berner Rathaus statt. Es nahmen 113 Stimmberechtigte und einige Gäste teil. Darunter Corrado Pardini, Co-Präsident Gewerkschaftsbund Bern, Hans-Peter Wiedmer, stellvertretender Direktor der Bernischen Pensionskasse (BPK), und Hans-Ulrich Zürcher, Leiter des Personalamts Bern. Als Gastrednerin trat Finanzdirektorin Beatrice Simon auf. In ihrem Referat bezeichnete Simon die Personalpolitik des Kantons Bern als «Grossbaustelle». Sie machte aber deutlich, dass Personalanliegen eine hohe Priorität haben müssen. Die Finanzdirektorin betonte, dass der Schlüssel für eine gute Personalpolitik in der Finanzpolitik liegt.

Nach zehn Jahren Amtszeit trat Annelise Vaucher als Vizepräsidentin der AV zurück. Als Nachfolgerin wurde einstimmig Anastasia Falkner, Präsidentin des

Verbands Bernischer Richterinnen und Staatsanwälte (VBRS), gewählt. Schwerpunkte der AV bildeten zudem die Lohnpolitik und die Lohninitiative der Verbände, die Pensionskasse BPK sowie das Entlastungspaket 2012–2015.

Sektionen

Die über fünfzig Mitglieder und das Gut haben von rund 850 Franken der 2008 aufgelösten Sektion **St. Johannsen** wurden im Berichtsjahr in die Sektion **Personal Straf- und Massnahmenvollzug** (PSMV) überführt. Diese wählte im Berichtsjahr zudem einen neuen Präsidenten: Toni Coso trat die Nachfolge von Sigi Marti an.

Ebenfalls einen neuen Präsidenten erhielt die Sektion **Gemeindepersonal Zollikofen**. Beat Marlach übernahm das Amt von Ulrich Jost. Im Berichtsjahr setzte sich die Sektion stark für die fünfte Ferienwoche für das Personal der Gemeinde Zollikofen ein.

Der **Verein Bernischer Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte** (VBRS) konnte seine Mitgliederzahl stark erhöhen. Hauptgrund für den markanten Anstieg ist die Justizreform, die Anfang 2011 in Kraft getreten ist: Es gibt neue Gerichtsbehörden und

mehr Staatsanwälte – insgesamt also mehr Mitarbeitende und somit mehr potenzielle Verbandsmitglieder.

Viele Mutationen hatte der **Verband der GerichtsschreiberInnen** zu verzeichnen. Die Justizreform führte zu zahlreichen Austritten. Es konnten aber ebenso viele Neumitglieder gewonnen werden. Zahlreiche austretende Aktivmitglieder blieben dem Verband zudem als Passivmitglieder erhalten. So konnte der Mitgliederbestand insgesamt leicht erhöht werden.

Die Sektion der **Höheren Angestellten** befasste sich gegen Ende des Berichtsjahres mit der sogenannten Kadervorlage des Regierungsrats (Teilrevision Personalgesetz). Diese sah unter anderem die Einführung der Vertrauensarbeitszeit vor sowie die Schaffung von zwei zusätzlichen Gehaltsklassen.

Der Regierungsrat hat im Berichtsjahr auf Intervention des BSPV hin beschlossen, den **Wildhütern** eine Zeitgutschrift für unregelmässige Nachteinsätze zu gewähren. Der Einsatz der Sektion und des Verbands hat sich für die knapp 40 Mitglieder gelohnt.

Auf ein schwieriges Jahr muss der **Verein der Landwirtschaftslehr- und -beratungskräfte** (vlb) zurückblicken. Die Spannungen mit dem Amt für Landwirtschaft und Natur, die teilweise in den Medien ausgetragen wurden, belasteten das Personal und erschwerten die Arbeit stark.

Die **Rentnerversicherung** führte im Berichtsjahr zahlreiche Aktivitäten durch: Sowohl der Besuch im Bundeshaus als auch der Ausflug aufs Stanserhorn, die Carfahrt durchs Haslital oder die Besichtigung der Coop-Produktions- und Verteilzentrale stiessen auf regen Anklang bei den rund 1800 Mitgliedern.

Die **Forstwerte und Waldarbeiter** leisteten auch im Berichtsjahr grossen Einsatz. Leider nahmen der Personalbestand und damit auch die Mitgliederzahlen weiter ab. Seit Jahren wurden kaum Neuanstellungen vorgenommen. Dabei wirft der Staatsforst nach wie vor einen hohen Ertrag ab. Der BSPV fordert bei der anstehenden Revision des Waldgesetzes 2012 ein klares Bekenntnis des Kantons zu seinem Staatsforstbetrieb.



Abgeordnetenversammlung 2011.

Lehmann

Starker Zuwachs gebremst

Im Berichtsjahr wurden 331 neue Mitglieder in den BSPV aufgenommen. Viele Pensionierungen und Abgänge führten dazu, dass per Ende 2011 ein Zuwachs von nur 29 Mitgliedern verzeichnet werden konnte.

Die über 330 Neueintritte konnten im Berichtsjahr die Abgänge durch Personalabbau, Pensionierungen und Wechsel des Arbeitgebers nur knapp kompensieren.

Nach zwei sehr erfolgreichen Jahren (2010: +128, 2009: +155) konnte der BSPV per Ende 2011 nur 29 zusätzliche Mitglieder verzeichnen. Der Verband ist

damit fast genau gleich viel gewachsen wie 2008 und 2006 mit +30 bzw. +32 zusätzlichen Mitgliedern.

Umso wichtiger sind die aktiven Werberinnen und Werber im Verband. Die Geschäftsstelle hilft den Sektionen gerne bei Werbeaktionen. Ein Anruf oder eine E-Mail genügt.

Totentafel

Wir trauern um 55 Mitglieder

Aebi Hedwig, Hinterkappelen
 Arnold Johann, Uettligen
 Dähler Michael, Thun
 Donzé Roland, Bern
 Erismann Karl Hans, Bern
 Froidevaux Yves, Tramelan
 Gamper Werner, Ostermundigen
 Gehri Gottlieb, Köniz
 Gerber Hans, Läti
 Gerber Paul, Langenthal
 Glusstein Maurice, Liebefeld
 Gräub Paul, Worben
 Hofer Ernst, Bern
 Hostettler Werner, Gambach
 Huber Markus, Lüscherz
 Iseli Ernst, Muri b. Bern
 Kirchhofer Hans, Bern
 König Alfred, Bern
 Kowalski François, Biel/Bienne
 Kramer Brigitte, St. Stephan
 Kühni Hans Rudolf, Heimiswil
 Kulik Stefania, Bern
 Kupferschmid-Iseli Fritz, Ittigen
 Leuthold Alfred, Lotzwil
 Mader Fritz, Schwarzenburg
 Marti Hans Rudolf, Murzelen
 Meyer Fritz, Burgdorf
 Meyer Werner, Utzigen
 Michel Willy, Ortschaften
 Niklaus René, Müntschemier
 Nissen Ulrich, Salavaux
 Nyffeler Max, Jegenstorf
 Reber Willy, Amsoldingen
 Reinmann Nicolas, Lyss
 Röthlisberger Hans, Ittigen
 Ryser-Rathgeb Alfred, Langenthal
 Salzmann Walter, Täuffelen
 Schaerer Reinhart, Grossehöchstetten
 Schär Andres, Burgdorf
 Schlappach Jules, Moutier
 Schnyder Hans, Bellmund
 Seiler Rolf, Thun
 Staudenmann Michel, Nidau
 Thöni Fritz, Gunten
 Tschan Manfred, Hindelbank
 Tschirren Hans, Riggisberg
 Unold Oswald, Zollikofen
 von Ballmoos Andreas, Belp
 Walther Hans, Reutigen
 Walthert Peter, Thun
 Witschi Mathilde, Biel/Bienne
 Zahnd Hans, Helgisried-Rohrbach
 Zemp Bernard, Utzigen
 Zimmermann Jakob, Adelboden
 Zurlinden Fritz, Thun

Sektion	Dezember 2011	davon Rentner	Differenz zu Dezember 2010
Polizei	1952	541	84
Vereinigung Berner Ortsgruppen	1036	401	-34
Pfarrverein	519	159	-15
Einzelmitglieder	363	131	-8
Strassenmeister (4 Sektionen)	277	84	-3
Richter und Staatsanwälte	208	26	46
Dozierende Berner Fachhochschule	177	46	-20
Handwerklich-technisches Personal	156	23	-9
Höhere Angestellte	156	62	-1
Gymnasiallehrkräfte	143	4	5
Dozierende Universität	137	54	-6
Personalverband Sozialversicherung	112	23	-3
Verein landw. Lehr- und Beratungskräfte	106	20	5
Anstalt Thorberg	88	16	3
Förster	82	22	-1
Psychiatriezentrum Münsingen	80	34	-7
Anstalt Witzwil	74	18	-9
Union du Personnel	71	20	-1
Inselspital	68	28	-3
Verkehrsexperten	67	9	0
Personal Straf- und Massnahmenvollzug	64	1	3
Anstalt Hindelbank	63	8	1
Bibliotheken Kanton Bern	60	4	0
Unterhalt Autobahn	55	9	0
Betreibungs- und Konkursbeamte	49	8	3
Berufsberater	45	11	0
Gemeindepersonal Zollikofen	45	14	2
Forstingenieure	43	10	0
Jugendheim Prêles	41	9	-4
Wildhüter	37	7	2
GerichtsschreiberInnen	33	0	1
Forstwarte und Waldarbeiter	29	1	-3
Grundbuchverwalter/Handelsregister	29	3	1
Universitäre Psychiatrische Dienste	29	10	-1
Strasseninspektoren	21	8	0
Schulinspektoren	20	6	1
Psychiatrische Klinik Bellelay	17	1	-1
Regierungsstatthalter	9	0	0
Fischereiaufseher	8	1	0
Aktive Mitglieder inklusive Doppelmitglieder	6569		
davon Doppelmitglieder	11		
Rentner		1832	
Total Mitglieder	6558		plus 29

Gratulation zum Verbandsjubiläum

Im Jahr 2011 feierten 160 Mitglieder ihre 25- oder 40-jährige BSPV-Mitgliedschaft.

40 Jahre/années

Aebi Hedwig, Hinterkappelen
 Aeschlimann Fredy, Wiler b. Utzenstorf
 Amacher Peter, Ringgenberg
 Bähler Ulrich, Schwarzenburg
 Balmer Walter, Frieswil
 Bartlome Friedrich, Biglen
 Berger Hans, Bern
 Biedermann Martin, Thun
 Brügger Fritz, Bern
 Brügger Ulrich, Thun
 Brunner Urs, Bremgarten b. Bern
 Bürki Hermann, Wabern
 Burri Peter, Riggisberg
 Doyon Gérard, Perrefitte
 Dubi Urs, Gümliigen
 Dummermuth Erwin, Oberburg
 Egger Hanspeter, Brünig
 Eggimann Heinz, Wyssachen
 Fahrni Rudolf, Eggiwil
 Finger Hans, Ostermundigen
 Gerber Peter, Trubschachen
 Gfeller Daniel, Hasle b. Burgdorf
 Gilomen Rudolf, Ins
 Glusstein Maurice, Liebfeld
 Gräub Paul, Worben
 Hägler Richard, Krauchthal
 Haslebacher Hanspeter, Belp
 Held Kurt, Herrenschwanden
 Helfenberger Benedikt, Muri b. Bern
 Hurter Renée, Nidau
 Jenni Jörg, Zollikofen
 Jost Jean-Pierre, Boll
 Keusen Willy, Busswil b. Büren
 Krebs Rudolf, Schwarzenburg
 Kuhn Hansjürg, Schliern b. Köniz
 Künzi Ulrich, Konolfingen
 Lehmann Joseph, Rubigen
 Lüthi Hans, Bern
 Lüthi Rudolf, Thun
 Marggi Werner, Thun
 Moine Hubert, Moutier
 Moosmann Peter, Ostermundigen
 Mumenthaler Hansueli, Bern
 Nydegger Hans Beat, Biel/Bienne
 Pfäffli Christian, Gampelen
 Ramser Margret, Spiegel b. Bern
 Reglitzky Horst, Gümliigen
 Rickli Albert, Münchenbuchsee
 Ronchi Gaetano, Langenthal
 Ruch Therese, Spiegel b. Bern
 Rudin Oskar, Thun
 Scheidegger Walter, Hindelbank
 Scherrer Jakob, Koppigen
 Schertenleib Hans Peter, Ins
 Schindler Hans, Thun

Schlup Max, Bärswil
 Schmutz Peter, Steffisburg
 Schneider Peter, Signau
 Schorer Armin, Hilterfingen
 Schuhmacher Alfred, Kirchberg BE
 Seiler Kilian, Matten b. Interlaken
 Sidler Ulrich, Ittigen
 Stähli Bernhard, Nidau
 Stampfli Martin, Täuffelen
 Stauffer Werner, Biel/Bienne
 Steiner Christian, Rubigen
 Stucki Fritz, Evillard
 Thuner Hans, Rubigen
 Unold Oswald, Zollikofen
 Vogt Ulrich, Frutigen
 Weber Willy, Ostermundigen
 Wegner Gerhard, Ostermundigen
 Weibel Jean Raymond, Riggisberg
 Werthmüller Paul, Riegsauschachen
 Widmer Jörg, Gümliigen
 Wingeyer Joachim, Belp
 Wüthrich Alfred, Lyss
 Wüthrich Gottlieb, Worblaufen
 Wyss Christine, Biel/Bienne
 Zbinden Ulrich, Roggwil BE
 Zuccoli John, Ostermundigen

25 Jahre/années

Aebersold Peter, Mirchel
 Beck Jakob, Utzenstorf
 Berger Peter, Heimberg
 Bigler Hanspeter, Niederscherli
 Bill Dietmar, Le Landeron
 Bissegger Jürg, Grafenried
 Caccivio Georges A., Biel/Bienne
 Durand Martin, Ostermundigen
 Ebener Otto, Krauchthal
 Frei Bruno, Etzelkofen
 Fiolet Franz, Rüti b. Lyssach
 Fuchs Werner, Jegenstorf
 Garo Heinz, Lyss
 Gehri Heinz, Münchenbuchsee
 Glauser Samuel, Kirchdorf BE
 Graf Bruno, Münchenbuchsee
 Haas Rolf, Heimberg
 Hofer Heinz, Kallnach
 Hohl Adrian, Thunstetten
 Hunziker Jörg, Biel/Bienne
 Isler Roland R., Bern
 Joss André, Huttwil
 Jost Christian, Grosshöchstetten
 Jost Walter, Bern
 Karrer Hans-Peter, Orpund
 Kaufmann Alfred, Bolligen
 Kocher Jürg, Safnern

Krebs Verena, Münchenbuchsee
 Künzle Reinhold, Matten b. Interlaken
 Lehmann Robert, Langnau i. E.
 Mader Ralph, Gals
 Marti Christoff, Faulensee
 Maurer Jürg, Oberburg
 Maurer Susanne, Säriswil
 Maurer-Dolder Christine, Schwadernau
 Mérillat Jean-Philippe, Courtelary
 Meyer Charlotte, Biel/Bienne
 Monnin Yves, Porrentruy
 Müller Jean-Pierre, Hinterkappelen
 Murbach Andreas, Stettlen
 Nikles Roman Alfred, Aarberg
 Perren Rudolf, Brienz
 Reist Hanspeter, Spiez
 Rohrbach Hans-Rudolf, Kappelen
 Rüfenacht Kurt, Hindelbank
 Rüfenacht Samuel, Hettiswil
 Schenk Andreas, Münchenbuchsee
 Schlüchter Jürg, Meyriez
 Schmid Dominik, Ins
 Schmid Urs, Spiez
 Schneeberger Daniel, Fraubrunnen
 Schnegg Werner, Reconvilier
 Schneiter Margrit, Schnottwil
 Schnell Stephan, Biezwil
 Schober Thomas, Uebeschi
 Schütz Irene, Sumiswald
 Schwab Jakob, Nods
 Spälti Roland, Kirchberg BE
 Spätig David, Rumisberg
 Spichiger Bruno, Lyss
 Suter Grottemeyer Marianne, Münsingen
 Trachsel Peter, Lengnau BE
 Vallotton Marie-Antoinette, Liebfeld
 vom Berg Hans-Georg, Brügg BE
 von Arx Peter, Walperswil
 von Grünigen Christian, Spiez
 Weber Anton, Bern
 Weber Richard, Wabern
 Welter Jürg, Bern
 Wenger Franz, Thun
 Wenger Hans, Helgisried-Rohrbach
 Weyer Nelly, Spiegel b. Bern
 Widmer Renate, Rüfenacht BE
 Wildi Arnold, Toffen
 Wüthrich Peter, Zollikofen
 Zehr Martin, Wattenwil
 Zuber Martin, Radelfingen b. Aarberg
 Zumkehr Walter, Spiez
 Zysset Peter, Zweisimmen

Jahresrechnung 2011

1. Allgemeine Verbandsrechnung

1.1 Erfolgsrechnung

	Ertrag		
	Budget	Rechnung	Rechnung 2010
Mitgliederbeiträge	730 000	748 298.80	729 430.75
Kapitalzinserträge	3000	2634.58	2317.73
Coop-Rechtsschutz, Rückerstattung	0	626.70	686.00
KPT, Rückerstattung	16 000	23 179.60	20 488.95
Ausserord. Ertrag	0	851.01	1841.50
Diverse Erträge	0	1755.20	
Beitrag von angestellte bern	0	0.00	3500.00
Total Ertrag	749 000	777 345.89	758 264.93

	Aufwand		
	Budget	Rechnung	Rechnung 2010
Abgeordnetenversammlung	10 000	12 813.35	8271.10
Zentralvorstand	7000	8424.40	7465.30
Geschäftsleitung und Delegationen	36 000	35 649.60	34 322.40
Personalaufwand	376 000	341 697.05	373 839.15
Sozialleistungen Arbeitgeber	76 000	75 723.30	67 698.50
Personalweiterbildung	3000	250.00	1205.00
Personalwerbung	0	0.00	2670.85
Büromiete und Nebenkosten	55 000	54 085.10	51 317.15
Büro- und Verwaltungsaufwand	32 000	40 688.03	27 124.61
Anschaffung/Unterh. Mobilien und Einricht.	2000	1844.00	2230.01
Informatikaufwand	10 000	34 385.60	17 271.75
Beiträge an Berufsverbände	11 000	11 367.85	11 160.00
Beitrag an REKA	6000	6755.00	6475.00
Sonstige Beiträge	1000	2005.00	0.00
Kurswesen	5000	2472.80	1156.00
Werbung	80 000	63 701.70	25 178.85
Speisung Spez.finanz. Aktionen	0	0.00	6000.00
Sondereinlage Speisung Spez.finanz. Aktionen	0	20 000.00	20 000.00
Steuern	1000	6483.95	10 720.30
Ehrungen und Diverses	8000	2659.20	2638.00
Beitrag an «diagonal» (Ziff. 1.2)	36 000	41 124.10	41 693.05
Total Aufwand	755 000	762 130.03	718 437.02
Total Ertrag	-749 000	-777 345.89	-758 264.93
Aufwandüberschuss (-) Ertragsüberschuss (+)	-6000	15 215.86	39 827.91

1.2 Verbands-Organ «diagonal»

	Ertrag		
	Budget	Rechnung	Rechnung 2010
Inserate, Zeitungsabonnemente	16 000	13 595.45	14 368.20

	Aufwand		
	Budget	Rechnung	Rechnung 2010
Druckaufwand	37 000	37 039.55	40 296.50
Versand	10 000	10 909.40	11 868.20
Honorare	5000	6770.60	3896.55
Total Aufwand	52 000	54 719.55	56 061.25
Total Ertrag	-16 000	-13 595.45	-14 368.20
Übertrag in Erfolgsrechnung	36 000	41 124.10	41 693.05

1.3 Bilanz per 31.12.

	Aktiven	Passiven	Aktiven 2010	Passiven 2010
Kasse	977.90		1916.65	
Reisecheckkasse	26 929.25		16 374.25	
Postcheck	411 595.69		347 279.59	
Bank	321 766.77		228 277.47	
Wertschriften	6728.00		6550.00	
Diverse Debitoren	21 121.95		4989.55	
Guthaben Verrechnungssteuer	859.85		657.35	
Mobilien, Einrichtungen, EDV	1.00		1.00	
Trans. Aktiven	8356.80		8561.40	
Diverse Kreditoren		97756.61		69 934.21
Trans. Passiven		532 371.05		380 828.65
Steuerabgrenzung		0.00		10 000.00
Depotgeld Sekt. St. Johannsen		0.00		850.71
Depotgeld Sekt. Union du personnel		8024.50		8024.50
Eigenkapital		160 185.05		144 969.19
	798 337.21	798 337.21	614 607.26	614 607.26

2. Spezialfinanzierung Aktionen

2.1 Erfolgsrechnung

	Aufwand	Ertrag	<i>Aufwand 2010</i>	<i>Ertrag 2010</i>
Bankspesen	8.00		9.70	
Aufwand Aktionen, Kundgebungen	0.00		2858.00	
Aufwand Jubiläumsfeier 2012	10 911.85			
Kapitalzinserträge		1738.36		2008.30
Einlage aus allg. Verbandsrechnung		0.00		6000.00
Sondereinlage aus allg. Verbandsrechnung		20 000.00		20 000.00
Ertragsüberschuss	10 818.51		<i>25 140.60</i>	
	21 738.36	21 738.36	<i>28 008.30</i>	<i>28 008.30</i>

2.2 Bilanz per 31.12.

	Aktiven	Passiven	<i>Aktiven 2010</i>	<i>Passiven 2010</i>
Bank	385 753.42		368 634.31	
Guthaben Verrechnungssteuer	608.45		702.95	
Debitoren	20 000.00		20 000.00	
Diverse Kreditoren		8061.10		1855.00
Eigenkapital		398 300.77		387 482.26
	406 361.87	406 361.87	<i>389 337.26</i>	<i>389 337.26</i>

3. Konsolidierter Erfolg des BSPV

	2011	<i>2010</i>
Allgemeine Verbandsrechnung	15 215.86	<i>39 827.91</i>
Spezialfinanzierung Aktionen	10 818.51	<i>25 140.60</i>
Ertragsüberschuss	26 034.37	<i>64 968.51</i>

4. Stiftung Unterstützungskasse

4.1 Erfolgsrechnung

	Aufwand	Ertrag	<i>Aufwand 2010</i>	<i>Ertrag 2010</i>
Kapitalzinsaufwand	28.15		27.30	
Dienstleistungen Dritter	1607.20		2271.45	
Steuern	2191.30		7200.00	
a.o. Steueraufwand Vorjahre	0.00		129.85	
Rechtsschutzkosten	97 680.05		16 406.40	
a.o. Steuerrückerstattung Vorjahr		729.30		0.00
Kapitalzinserträge		3043.35		3307.14
Ertragsüberschuss Liegenschaft (Ziff. 4.3)		59 740.85		58 921.20
Aufwandüberschuss 2011		37 993.20		
Ertragsüberschuss 2010			<i>36 193.34</i>	
	101 506.70	101 506.70	<i>62 228.34</i>	<i>62 228.34</i>

4.2 Bilanz per 31.12.

	Aktiven	Passiven	<i>Aktiven 2010</i>	<i>Passiven 2010</i>
Bank	500 320.96		513 278.46	
Wertschriften	6228.00		6050.00	
Trans. Aktiven	0.00		1703.90	
Guthaben Verrechnungssteuer	1002.90		1047.95	
Darlehen	2000.00			
Liegenschaft	694 033.00		722 951.00	
Fest-Hypotheken		250 000.00		250 000.00
Diverse Kreditoren		9674.20		6227.45
Trans. Passiven		2100.00		2600.00
Steuerabgrenzung		800.00		7200.00
Eigenkapital		941 010.66		979 003.86
	1 203 584.86	1 203 584.86	<i>1 245 031.31</i>	<i>1 245 031.31</i>

4.3 Liegenschaftsrechnung

	Aufwand	Ertrag	<i>Aufwand 2010</i>	<i>Ertrag 2010</i>
Hypothekarzinsen	7150.00		7150.00	
Heizung, Beleuchtung, Reinigung	7690.05		7304.70	
Liegenschaftssteuern	1923.90		1923.90	
Abschreibung	28 918.00		30 123.00	
Ertragsüberschuss	59 740.85		58 921.20	
Mietzinseinnahmen		105 422.80		105 422.80
	105 422.80	105 422.80	<i>105 422.80</i>	<i>105 422.80</i>

Des salaires corrects pour un travail de qualité

En avril, les associations de personnel ont lancé l'initiative pour des salaires corrects. Celle-ci réclame que les agentes et agents ayant fourni de bonnes performances aient droit à une progression salariale annuelle. Elle a pu être déposée en novembre.

En avril, l'APEB et ses associations partenaires, le SSP et la LEBE, ont lancé l'initiative « Des salaires corrects pour un travail de qualité ». Cette initiative exige que le système salarial cantonal soit mis en œuvre tel qu'il avait été conçu à l'origine. Lorsqu'une personne a accompli un travail de bonne qualité, elle doit pouvoir progresser chaque année sur l'échelle de traitement.

On l'a échappé belle

Le Conseil-exécutif a présenté en juin son programme d'allègement budgétaire 2012–2015. L'APEB a dû prendre note du

fait que les moyens de 1,5 % prévus pour les mesures salariales ne suffiront qu'à compenser le renchérissement du coût de la vie, estimé à 0,7 %, et à augmenter de façon largement insuffisante les salaires, soit d'un ou deux échelons. Les mesures concrètes ont été révélées en octobre: 500 postes de travail étaient concernés. Malgré ce nombre important, on pouvait partir du principe que presque aucun membre de l'APEB ne serait licencié. Plusieurs postes qui n'étaient pas encore pourvus ont été supprimés. Contrairement au corps enseignant et au personnel hospitalier, les employés du canton l'ont échappé belle.

Initiative sur les salaires: le contexte

En septembre 2004, le Grand Conseil décidait, malgré une forte opposition des représentants du personnel, d'élaborer une nouvelle loi sur le personnel. Celle-ci abolissait la progression à l'expérience. Aujourd'hui, il apparaît clairement qu'un système salarial basé uniquement sur les prévisions financières, toujours mauvaises, est condamné à l'échec.

En n'accordant pas la pleine compensation du renchérissement et en octroyant des augmentations individuelles de traitement insuffisantes, le canton a épargné, ces dernières années, 3,6 milliards de francs. L'assainissement des finances cantonales s'est ainsi fait presque exclusivement sur le dos du personnel.



Succès pour l'initiative sur les salaires.

Lehmann

Un large soutien des régions

En novembre, l'APEB et ses partenaires ont finalement pu déposer auprès de la Chancellerie d'Etat leur initiative, forte de 15 943 signatures. Le texte a été signé sur tout le territoire cantonal. Une grande partie des signatures provenaient des régions. Ce fait souligne qu'il est nécessaire, en matière de politique salariale, d'agir dans tout le canton de Berne. Pour les associations de personnel, qui avaient volontairement renoncé au soutien des partis politiques, ce résultat constitue un succès remarquable. Elles ont ainsi pu prouver qu'elles sont en tout temps capables, à elles seules, de faire aboutir une initiative.

L'APEB attend avec un grand intérêt la prise de position du Conseil-exécutif et du Parlement en 2012 ...

Révision de la loi sur le personnel

Le Conseil-exécutif a présenté début décembre, dans un délai extraordinairement court, une révision de la loi sur le personnel. En décembre, l'APEB a participé à la consultation sous forme de conférence. Il était prévu de créer deux nouvelles classes de traitement et de changer la classification de nombreux postes de cadres. C'est ce que l'APEB réclamait depuis fort longtemps. Lors de la consultation, l'APEB a fait remarquer que les cadres n'étaient pas les seuls à nécessiter un reclassement ; que c'était aussi le cas depuis des années de

Initiative sur les salaires : les revendications

La progression salariale maximale du personnel cantonal se monte à 60 % du traitement de base. En comparaison avec l'économie privée, il s'agit là d'une perspective modeste pour une durée de travail de 45 ans. Elle est toutefois convenable s'il existe une réelle probabilité d'atteindre le salaire maximal. C'est à ce stade, justement, qu'intervient l'initiative sur les salaires : elle exige que deux tiers au moins de cette progression soient obligatoires. Cela signifie que le personnel, moyennant un travail de bonne qualité, a droit à une progression salariale annuelle de 1,5 % (soit trois échelons). Ce droit est valable jusqu'à l'échelon de traitement 53.

nombreuses autres catégories, à l'instar des policiers. L'APEB a en outre indiqué que l'ensemble du système de classification devait être revu au plus vite, de même que la progression des traitements, conformément à l'initiative sur les salaires.

A la suite des requêtes de l'APEB et des autres partenaires sociaux, le gouvernement a retiré son projet en faveur d'une solution plus globale.

Un succès pour tous

Le Conseil-exécutif a abaissé les indemnités pour les fonctions spéciales exercées par les employés des ponts-et-chaussées. L'association des cantonniers a aussitôt récolté plus de 800 signatures pour lancer une pétition.



Cantonniers actifs. Manu Friedrich

En mars, les cantonniers organisés au sein de l'APEB ont remis au Conseil-exécutif une pétition dotée de plus de 800 signatures. Cette démarche a été décidée suite à la décision prise par le Conseil-exécutif de modifier les indemnités accordées aux employés des Ponts-et-chaussées pour les fonctions spéciales. De nombreuses réglementations qui ont fait leurs preuves ont été remplacées par de nouvelles. Certaines favorables au personnel, d'autres

en revanche au détriment de celui-ci. Les réglementations concernant les bonifications-temps furent particulièrement défavorables pour le personnel. Les bonifications-temps accordées pour le travail de nuit furent abaissées de 50 à 20 pour cent. A noter: il s'agit dans ce cas de tâches supplémentaires accomplies en dehors du programme de travail normal. Là-dessus, l'association des cantonniers a lancé une pétition en collaboration avec le secrétaire de l'APEB.

Une indemnité équitable

Par cette motion, les cantonniers exigeaient expressément le maintien de la bonification-temps accordée initialement pour le travail accompli les jours fériés et le week-end ainsi qu'une meilleure indemnité pour les tâches effectuées le samedi matin. En n'accordant aucune bonification-temps pour le travail effectué le samedi matin et en octroyant pour cent seulement pour le travail de nuit, le canton de Berne n'est plus concurrentiel par

rapport à d'autres employeurs. De plus, les entreprises privées mandatées par le canton d'accomplir certaines tâches accordent parfois des bonifications-temps nettement supérieures. Il est incompréhensible que le canton ne soit pas aussi généreux avec son propre personnel.

Un succès pour tous

Dans sa réponse, le Conseil-exécutif se déclare prêt à examiner la question de savoir quand commence le travail du week-end le samedi. Actuellement, la bonification-temps est accordée le samedi seulement à partir de douze heures. Lors de la révision prochaine de l'ordonnance sur le personnel, il faudra examiner concrètement si ce supplément ne devrait pas être accordé à partir de six heures du matin déjà. Et cela pour l'ensemble du personnel.

Le grand défi

En 2008, le Grand Conseil a adopté un rapport du Conseil-exécutif à propos du changement de système de primauté. En 2011 non plus le projet n'a pas avancé d'un iota.



Markus Meyer, président de la commission FUTURA. Lehmann

En 2005, le Parlement a chargé le Conseil-exécutif de jeter les bases permettant de décider s'il fallait passer de la primauté des prestations à la primauté des cotisations pour les deux caisses de pension cantonales. Le gouvernement a toutefois peiné, cette année encore, à élaborer des propositions qui l'engagent.

Primauté au second plan

Sur le plan fédéral, des réglementations contraignantes pour les caisses de pension publiques ont été adoptées. La question de la primauté a alors reculé au second plan par rapport aux mesures d'assainissement.

Il est impossible de prévoir si le changement de primauté aura bien lieu le 1er janvier 2015. Ce qui est sûr, c'est que l'APEB aura son mot à dire, afin que l'on n'aboutisse pas à des économies sur le dos du personnel.

Evolution du degré de couverture :

	CPB ¹	CACEB ²
31.12.05	108,0%	86,4%
31.12.06	109,0%	89,6%
31.12.07	104,7%	88,6%
31.12.08	87,3%	73,5%
31.12.09	90,1%	82,1%
31.12.10	88,1%	78,8%
31.12.11	86,1%	78,8%

¹ Caisse de pension bernoise (CPB)

² Caisse d'assurance du corps enseignant bernois (CACEB)

On l'a échappé belle

Manque de moyens et baisses d'impôts non compensées: les conséquences du programme d'allégement

Le Conseil-exécutif a présenté un budget déficitaire. A l'interne de l'administration, plusieurs vagues d'économies ont déjà eu lieu, entraînant une amélioration de 277 millions de francs. Le Grand Conseil a finalement été sommé de dire comment il comptait économiser encore 156 millions de plus. La commission des finances a proposé les mesures suivantes:

- ne pas réduire de 120 millions de francs le produit de l'impôt sur les véhicules routiers;
- abaisser de 0,2% la croissance de la masse salariale pour la porter à 1,3%;
- réduire de 2,28 millions de francs le budget de la justice;
- diminuer les charges budgétaires de fonctionnement du canton de 17 millions pendant l'exercice en cours;
- diminuer de 50 millions de francs les investissements;

- réduire le budget en cours d'année au cas où la Banque nationale suisse ne distribuerait pas de bénéfices.

L'APEB a largement pu soutenir ce paquet d'économies. La réduction de la crois-

sance de la masse salariale était défendable étant donné que le renchérissement annuel du coût de la vie était nettement moins important qu'escompté initialement. Le corps enseignant et le personnel du domaine de la santé n'ont pas eu autant de chance. Mais si d'autres allégements fiscaux doivent être décidés, le personnel cantonal sera à coup sûr plus durement touché par le prochain paquet d'économies.



Beatrice Simon, directrice des finances.

Andreas Blattner

Violence à l'encontre du personnel: tolérance zéro

Selon l'APEB, c'est clair: qu'il s'agisse d'un employé de l'Intendance des impôts, d'un conseiller d'un ORP, ou d'une agente de police: la violence ne fait pas partie intégrante de la profession.

Durant l'année écoulée, l'APEB s'est occupée intensément du thème de la violence à l'égard des employés cantonaux. Quotidiennement, des représentants et des représentantes des pouvoirs publics font l'objet de menaces ou même d'actes de violence. Les employés les plus concernés sont sans aucun doute les policiers. Avec les agressions survenues à Bienne et dans l'Emmental, ce problème a été placé au centre des préoccupations de l'APEB. En septembre, celle-ci a consacré au thème de la violence à l'encontre du personnel une édition entière de « diagonal ». De nombreux collaborateurs se sont annoncés au secrétariat pour faire part de leurs expériences. L'éventail est large: cela va de l'insulte, de la menace au crachat et même à l'agression corporelle.

Une attitude conséquente

Sur la base des rapports, on a même parfois été choqués en apprenant comment les victimes d'actes de violence ont été traitées. Certains membres se sont plaints du fait que leurs supérieurs avaient minimisé l'affaire ou qu'ils n'auraient pas obtenu le soutien de ceux-ci.

L'APEB entend sensibiliser les supérieurs à ce problème. En effet, si un supérieur enjoint le collaborateur concerné à ne pas déposer une plainte, il agit complètement à tort, que ce soit sur le plan interne ou vis-à-vis de l'extérieur. L'APEB exige une attitude conséquente de tous les collaborateurs et supérieurs concernés et continuera d'offrir son soutien à toutes les personnes victimes d'actes de violence dans l'exercice de leur profession.

Tolérance zéro

L'APEB a également mis sur pied des mesures concrètes: par exemple, avec la mo-



Stop à la violence contre les policiers.

FSFP

tion « Agressions à l'encontre du personnel cantonal: tolérance zéro ». Exigences: une protection systématique du personnel cantonal, une intervention rigoureuse des responsables politiques et une tolérance zéro à l'égard de tous ceux qui ont participé à un acte de violence. Les agressions à l'encontre du personnel cantonal doivent être empêchées autant que possible. Les actes de violence qui ont été commis doivent être signalés de manière conséquente et les employés concernés doivent être soutenus avec tous les moyens disponibles.

Epargner au niveau de la prévention

A titre de mesure de prévention, le président de l'APEB, Peter Bernasconi, a déjà exigé, fin 2010, dans une motion la création d'une « ombudstelle » cantonale. L'expérience réalisée par la Ville de Berne et de nombreux cantons montrent que cet

organe répond à un réel besoin pour de nombreux citoyens frustrés. Il n'empêche que le Grand Conseil du canton de Berne a rejeté la motion au cours de la session de septembre, avant tout pour des raisons de politique financière. Notre constat: celui qui épargne au niveau de la prévention paiera ensuite les pots cassés. Et ce ne sera pas meilleur marché.

Le thème de la violence restera d'actualité pour l'APEB l'année prochaine.

L'APEB est prête à apporter son soutien à toutes les personnes concernées, en particulier à tous ceux qui ne sont pas pris au sérieux ou pas suffisamment soutenus par leurs supérieurs. Nous restons à l'écoute de nos membres et sommes prêts à intervenir en leur faveur. N'hésitez pas à vous annoncer!



Séance du comité central du 5 mai 2011.

Lehmann

Caisses de pension, salaires et protection juridique

Durant l'année écoulée, l'APEB s'est engagé à différents niveaux en faveur de ses membres. Au sein du Grand Conseil, ses représentants se sont battus pour des mesures salariales correctes. Au secrétariat, de nombreux membres ont obtenu des conseils juridiques.

Secrétariat

A partir du 1er avril 2011, Anna Lehmann Löffel a repris la fonction de Peter Staub en tant que responsable de la communication. Après six ans d'activités, Peter Staub avait quitté l'APEB à la fin de 2010. Durant l'année écoulée, Anna Lehmann Löffel s'est occupée en premier lieu de la réorganisation du site Internet de l'APEB et des préparatifs en vue du jubilé de 2012. Avant son activité au sein de l'APEB, elle était responsable de la communication à la Haute Ecole spécialisée de Berne.

Direction de l'APEB

Les neuf membres qui composent la direction se sont réunis au total neuf fois. Cet organe se caractérise par sa forte continuité. Selon l'ancienneté des membres de la direction de l'association, on trouve, dans l'ordre, Erwin Balsiger, caissier, qui

exerce cette fonction depuis 23 ans, suivi par le vice-président, Pierre-André Musy, et Otto Aeby, l'un et l'autre membres de la direction depuis 13 ans. La direction s'est penchée notamment sur la révision de la loi sur le personnel et la révision de l'ordonnance y relative. Elle s'est également occupée de la question du financement des caisses de pension cantonales ainsi que de la mise en œuvre d'un éventuel changement de système de primauté. De plus, la révision des statuts de l'APEB et celle du règlement sur la caisse d'entraide ont été mises à l'ordre du jour.

Protection juridique

La commission de la protection juridique de l'APEB a examiné 93 affaires, pour prise de décision ou pour prise de connaissance. Elle a traité 27 nouvelles demandes de conseil juridique. 29 cas ont pu être clas-

sés. De nombreuses requêtes concernaient la mise en œuvre de la réforme des autorités judiciaires. Maints changements concernant les traitements des juges et des procureurs ne sont pas compréhensibles. La commission de la protection juridique a en outre constaté que l'obligation de payer, qui incombe aux assureurs ou aux œuvres d'entraide, ne cesse de faire l'objet de litiges, lorsque les séquelles de l'accident sont de longue durée.

Comité central

Le comité central s'est réuni le 5 mai à Berne dans le cadre de sa séance de printemps. La séance s'est déroulée en se focalisant sur quelques thèmes principaux tels que les caisses de pension, l'initiative sur les salaires et la protection juridique. De plus, le comité central a procédé à la réélection de la direction en bloc.

La séance d'automne du comité central s'est déroulée le 21 octobre à Bienne. Elle a de nouveau été consacrée à un thème brûlant d'actualité, à savoir les caisses de pension. De nombreux membres ont abordé la question du financement et celle du changement de système de primauté. Le comité central a décidé à l'unanimité que l'APEB continuerait à s'opposer à un changement de système de primauté. Le deuxième grand thème abordé fut la prestation à verser par la CPB dans le cadre d'un partenariat. Au terme d'un débat animé, les membres ont décidé à la majorité que l'APEB ne ferait momentanément pas un pas de plus en faveur de l'introduction d'une rente versée par la CPB au partenaire pour les couples vivant en concubinage. Le comité central a en outre augmenté la contribution annuelle à l'association des retraités de quatre à cinq francs par membre.

Assemblée des délégués

L'assemblée des délégués a eu lieu le 17 juin à l'Hôtel du Gouvernement. 113 membres ayant le droit de vote y ont pris part, de même que quelques invités, parmi lesquels Corrado Pardini, co-président de l'association syndicale Berne, Hans-Peter Wiedmer, remplaçant du directeur de la Caisse de pension bernoise (CPB), et Hans-Ulrich Zürcher, chef de l'Office du personnel Berne. En tant qu'invitée, Beatrice Simon, directrice cantonale des finances, a relevé que la politique cantonale en matière de personnel était en chantier. Elle a clairement souligné que les intérêts du personnel constituaient pour elle, en tant que cheffe des finances, l'une des grandes priorités et qu'une bonne politique en matière de personnel impliquait nécessairement la mise en place d'une politique financière saine.

Après avoir exercé dix ans durant cette fonction, Annelise Vaucher s'est retirée en tant que vice-présidente de l'assemblée des délégués. Celle qui lui succède a été désignée à l'unanimité en la personne d'Anastasia Falkner, présidente de l'association des juges et des procureurs bernois. L'assemblée des délégués s'est fixée en outre comme autres priorités la politique salariale et l'initiative sur les salaires

des associations, la caisse de pension bernoise (CPB) et les mesures d'épargne.

Sections

Les quelque cinquante membres composant la section **Saint-Jean**, dissoute en 2008, et l'avoir d'environ 850 francs ont été transférés à la Section **Personnel chargé de l'exécution des peines et des mesures**. Celle-ci a en outre élu durant l'exercice précédent un nouveau président en la personne de Toni Coso, lequel a succédé à Sigi Marti.

De même, la Section Personnel communal de **Zollikofen** a désigné un nouveau président, Beat Marlach, qui a repris la fonction d'Ulrich Jost. Durant l'année écoulée, la section s'est fortement engagée en faveur de la cinquième semaine de vacances pour le personnel communal de Zollikofen.

L'association bernoise des juges et des procureurs a vu son effectif augmenter considérablement. Cette augmentation est due principalement à la réforme de l'organisation judiciaire, entrée en vigueur début 2011. De nouvelles instances judiciaires ont été mises en place et l'effectif des procureurs a été augmenté – globalement donc davantage de collaborateurs cantonaux et par conséquent davantage d'affiliés potentiels à l'association.

L'association des greffiers et des greffières a été confrontée à de nombreuses mutations. La réforme de l'organisation judiciaire a entraîné de nombreux départs. Cependant, l'association a pu enregistrer l'arrivée de nombreux nouveaux

membres. Bien des membres actifs sortants sont restés fidèles à l'association en devenant des membres passifs. L'effectif des membres affiliés a pu ainsi être légèrement augmenté d'une manière générale.

La Section **Hauts-fonctionnaires** s'est occupée à la fin de l'année dernière du projet du Conseil-exécutif concernant les hauts-fonctionnaires (révision partielle de la loi sur le personnel). Ce projet prévoit notamment l'introduction du temps de travail basé sur la confiance ainsi que la création de deux classes de traitement supplémentaires.

Le Conseil-exécutif a, suite à l'intervention de l'APEB, décidé qu'il serait accordé aux **garde-faune** pour leurs interventions irrégulières une bonification-temps. L'intervention de la section et de l'association a porté ses fruits pour les quelque 40 membres.

L'association des **enseignants et des consultants en agriculture** a connu une année difficile. Les tensions qu'elle a eu à supporter avec l'Office de l'agriculture et de la nature, qui ont été relatées en partie par les médias, ont entraîné une charge pour le personnel et créé un surcroît de travail.

L'association des retraités a organisé l'année dernière diverses activités : tant la visite au Palais fédéral que l'excursion sur le Stanserhorn, le voyage en car à travers le Haslital ou la visite du centre de production et de distribution de Coop ont connu un grand succès parmi les quelque 1800 membres.



Dix ans en fonction de vice-présidente: Annelise Vaucher.

Rapport annuel 2011

APEB

www.apeb.ch

14 Progression salariale

Pour des salaires corrects

Dans le système de rémunération cantonale, il est prévu que lorsque le collaborateur fournit un bon travail, il a droit à une augmentation des échelons de traitement. Nous exigeons que cette règle soit appliquée.

17 Violence

Tolérance zéro

L'exercice de la profession n'implique pas les actes de violence tels qu'insultes, crachats ou agressions corporelles. Nous exigeons une tolérance zéro pour de tels actes.

20 Vacances

5^e semaine de vacances

Depuis longtemps, décision prise, mais jamais concrétisée: la 5^e semaine de vacances. Nous exigeons que des mesures soient prises.

Rappel

Evolution positive de l'effectif des membres

L'APEB a pu enregistrer, en 2011, une augmentation de son effectif. Toutefois, cette augmentation s'est quelque peu stabilisée par rapport aux années précédentes. Détails, v. page 10.

Compte annuel 2011

Le compte annuel 2011 se solde, heureusement, par un bénéfice. V. page 12.

Editorial



Initiative sur les salaires: les associations de personnel démontrent leur force.

Du succès malgré des difficultés

L'APEB est parvenue, en 2011, malgré le contexte difficile, à obtenir quelques résultats. Il convient de mentionner en premier lieu l'initiative « Des salaires équitables pour des emplois de qualité ».

Par Peter Bernasconi, président

Nous pouvons jeter un coup d'œil sur un bilan mitigé pour l'année 2011.

Notre joie: nous sommes heureux d'avoir pu, d'entente avec nos partenaires, déposer en novembre notre initiative sur les salaires.

Notre fierté: nous avons été fiers du succès de la pétition de nos cantonniers. C'est un succès pour tous les employés cantonaux.

Notre consternation: nous avons été profondément attristés d'apprendre l'agression mortelle dont a été victime un policier dans l'Emmental. Outre les mesures de prévention, nous avons exigé

par une motion une tolérance zéro absolue.

Notre soulagement: nous avons été soulagés que le personnel cantonal s'en soit sorti partiellement indemne de la mise en œuvre des mesures d'économies.

Notre colère: une fois de plus, la cinquième semaine de vacances n'a pas été introduite durant l'année écoulée. Nous invitons instamment le personnel à prendre part aux festivités de mai 2012.

Notre défi: la question des caisses de pension nous place face à de gros défis. Les mesures d'assainissement figurent au centre de nos préoccupations.